

Nr. 15/373**Für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz – Gegen Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. September 2000
(Drucksache 15/460)

- I. Die demokratischen Parteien in der Bremischen Bürgerschaft haben sich stets mit Entschiedenheit gegen jegliche Form des politischen Extremismus gewandt.

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, sie zu achten und zu schützen, ist der oberste Verfassungsgrundsatz unseres Grundgesetzes. Dazu gehört insbesondere die Unverletzlichkeit der Person, die Meinungs- und Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder das Diskriminierungsverbot z. B. wegen der Abstammung, der Rasse, der Sprache oder Herkunft eines Menschen. Diese Verfassungsgrundsätze werden seit Jahren, in letzter Zeit zunehmend in völlig unakzeptabler Weise und unentschuldbarer Art und Weise durch Aktivitäten insbesondere durch rechtsextremistische Gewalttäter bedroht und beeinträchtigt.

Wir nehmen nicht hin, dass Rechtsextremisten und Gewalttäter durch Hetzparolen, Aufmärsche, Gewalttaten und Brandanschläge Menschen ängstigen, in ihrer Bewegungsfreiheit einengen, verletzen oder gar ermorden. Wir werden verhindern, dass sie die öffentliche Diskussion bestimmen oder Jugendzentren, Straßenzüge oder Wohngebiete unter ihre Herrschaft zwingen. Rechtsextremistische Bestrebungen und Gewalttaten bedrohen nicht nur Minderheiten wie Ausländer, Obdachlose oder Behinderte, sondern gefährden die demokratische Gesellschaft und damit uns alle.

Darüber hinaus wird das Ansehen Deutschlands in der Welt beschädigt und das Bemühen um Aussöhnung insbesondere mit dem jüdischen Volk und unseren europäischen Nachbarn gestört.

Die Vorfälle in anderen Bundesländern erfüllen uns mit großer Sorge. Die Bremische Bürgerschaft bietet in diesem Zusammenhang ihre solidarische Unterstützung im Kampf gegen den Rechtsextremismus an.

Auch in Bremen gibt es keinen Anlass, die notwendige ständige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu vernachlässigen. Höchste Wachsamkeit gegenüber rechtsextremistischen und neonazistischen Gruppierungen ist daher auch bei uns geboten.

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt deshalb:

1. Gewalt, Hass, Einschüchterung und Diskriminierung gegen Menschen und Sachen sind geächtet und werden insbesondere als Mittel politischer Auseinandersetzung den entschiedenen Widerstand aller demokratischen Kräfte in Bremen finden. Angriffe gegen Andersdenkende und Menschen anderer Herkunft oder Orientierung sind Angriffe gegen die Freiheit und Demokratie. Insbesondere der Herabwürdigung der Opfer des Nationalsozialismus und der Leugnung oder Relativierung national-sozialistischer Verbrechen muss mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ebenso entgegengetreten werden. Die Verbreitung von volksverhetzenden, nationalsozialistischen Gedanken- und Schriftgut muss verhindert werden. Da-

bei müssen auch Maßnahmen ergriffen werden, die der Entwicklung Einhalt gebieten, dass derlei Inhalte durch neue Kommunikationstechnologien – z. B. das Internet – verbreitet werden.

2. Alle Menschen in Bremen sind aufgefordert, allen Tendenzen des politischen Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit mit Zivilcourage und Engagement entgegenzutreten. „Handeln statt Wegsehen“ und „keine Toleranz für Gewalttäter und Gewaltbereite“ müssen die Leitlinien und Maßstäbe für alle Kräfte der Gesellschaft, ihre Einrichtungen und Institutionen im Kampf gegen politischen Extremismus sein. Die Eindämmung von Tendenzen des politischen Extremismus ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern bedarf des sichtbaren Bekenntnisses und Engagements eines jeden Einzelnen für die Grundsätze der im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte und des demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates. Nur wo Gleichgültigkeit überwunden und Hilfsbereitschaft, Toleranz und Zivilcourage geübt werden, haben Extremismus und Gewalt keine Chance.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt alle Initiativen, die geeignet sind, das Zusammenleben von In- und Ausländern so gedeihlich wie möglich und zum Nutzen der gesamten Gesellschaft zu gestalten. Integration ist ein auf Gegenseitigkeit beruhender Prozess, der die Bereitschaft und das aktive Mittun aller erfordert. Das Land Bremen bekennt sich zu einem offenen und akzeptierenden Miteinander mit seinen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

- II. Das politische Klima in Bremen und Bremerhaven hat bislang dazu beigetragen, dass öffentliche Aktionen rechtsextremer Gruppierungen weitgehend verhindert werden konnten. Auch sind spektakuläre Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund seit geraumer Zeit nicht registriert worden. Dieses freiheitliche und demokratische Klima wird im Wesentlichen geprägt durch den demokratischen Geist der Bremer Bürgerinnen und Bürger. Auch die gesellschaftlichen Kräfte wie Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Verbände, Kammern und demokratische Parteien sowie das couragierte Engagement von Schülerinnen und Schülern und Initiativen haben ihren Teil zur bisherigen Abwehr rechtsextremistischen Gedankenguts beigetragen. Hinzu kommen Aktivitäten staatlicher Stellen wie Landeszentrale für politische Bildung, Ausländerbeauftragte, Verfassungsschutz, Polizei und Justiz.

Aufgabe des Parlaments und des Senats ist es, diese gesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus zu stärken und zu fördern. Dazu gehört auch die Überprüfung der seit 1987 eingeleiteten und veranlassten Maßnahmen seitens des Senats zur Bekämpfung des Rechtsextremismus (u. a. Drs. 12/461 und 13/634).

- III. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt daher:

1. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2000 zu berichten, welche Maßnahmen er angesichts der Häufung rechtsextremer Vorkommnisse in anderen Bundesländern zu ergreifen gedenkt. Insbesondere wird der Senat gebeten darzulegen, welche Erfahrungen mit den seit 1987 ergriffenen Maßnahmen und entwickelten Konzepten zur Überwindung der Fremdenfeindlichkeit und Bekämpfung des Rechtsextremismus gemacht wurden, wie sich die aktuellen Maßnahmen und Konzepte darstellen und welche Überlegungen zu ihrer Fortschreibung, insbesondere ihrer Vernetzung, Koordinierung und Transparenz angestellt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für vordringlich, gerade in sozialen Problemgebieten Bremens und Bremerhavens aktuelle oder zukünftige Konfliktherde durch integrative Maßnahmen zu entschärfen. Neben baulichen Maßnahmen und einer auch an sozialen Gesichtspunkten orientierten Stadtentwicklungspolitik soll das bewährte Instrument des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ genutzt werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bemühungen des Senats, im Bereich der Schulen zu einer Effektivierung des Umgangs mit historischen wie aktuellen Themen des Nationalsozialismus und Rechtsextremismus zu gelangen. Die Schulen werden in ihren Bemühungen unterstützt, bei den Schülerinnen und Schülern auf zeitgemäße Weise ein Be-

wusstsein für die Bedeutung der Menschenrechte und unsere demokratische Verfassungsordnung zu wecken.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Absicherung und erforderlichenfalls die Verstärkung der präventiven Jugendarbeit als wirksames Mittel gegen Rechtsextremismus. Repressive Maßnahmen allein reichen nicht aus, die Ursachen rechtsextremistischer Gewalt und Bestrebungen zu beseitigen. Obwohl Rechtsextremismus, Hass und Gewalt kein alleiniges Jugendphänomen sind, kommt der Arbeit mit jungen Menschen zur Abwehr von Gefahren für die Demokratie besondere Bedeutung zu.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, kulturellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, wie z. B. Musiktrends in Form von Konzerten und CD, in Schrifttum und „Freizeitverhalten“ entgegen zu wirken. In kulturellen Bereichen soll möglichst die Perspektive von Migrantinnen und Migranten sowie Minderheiten in die Arbeit einbezogen und damit sichtbar gemacht werden.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angekündigte Initiative einer gezielten Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus in den Betrieben und der Öffentlichkeit. Der Senat wird aufgefordert mitzuteilen, ob und auf welche Weise er diese Initiative in Bremen zu unterstützen beabsichtigt.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Prüfung eines Verbots der NPD und anderer rechtsextremistischer Organisationen sowie der Verbreitung insbesondere volksverhetzender Propaganda über das Internet. Der Senat wird aufgefordert, sich an der Verbotsprüfung im Rahmen einer Bundesländer Arbeitsgruppe zu beteiligen.
8. Der Senat wird aufgefordert, im möglichen rechtlichen Rahmen darauf hinzuwirken, dass u. a. Polizei, Ordnungsämter, Verfassungsschutz, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte effektiv und entschieden den gesellschaftlichen Kampf gegen den politischen Extremismus unterstützen. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass durch präventives und zwischen den Behörden noch enger abgestimmtes Verhalten Gewalt so weit wie möglich verhindert wird. Der Senat wird gebeten sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Behörden in Bremen, aber auch mit den zuständigen Stellen anderer Länder und des Bundes so reibungslos und zielorientiert wie möglich organisiert wird. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit den für das bremische Umland zuständigen niedersächsischen Behörden. Im Vordergrund steht dabei die präventive Verhinderung von Gewalt. Bei Rechtsverstößen ist konsequentes Ein- und Durchgreifen erforderlich. Bei der Verfolgung und Verurteilung von Straftätern insbesondere aus den Bereichen politischen Extremismus sind die rechtlichen Möglichkeiten einer schnellen und deutlichen Bestrafung auszuschöpfen.
9. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob es geboten ist, etwa das Versammlungs-, das Polizei- und Ordnungsrecht sowie das Haftungsrecht oder die rechtlichen Grundlagen der Parteienfinanzierung zu verändern oder neue Bestimmungen zu schaffen, um den Kampf gegen den politischen Extremismus noch effektiver gestalten zu können.
10. Der Senat wird aufgefordert, bei den beteiligten Behörden die personellen und materiellen Ressourcen im Rahmen des finanzpolitisch Möglichen zu erhalten oder zu schaffen, die sie im Sinne dieser Aufgabe und dieses Ziels benötigen.

Nr. 15/374

Einsatz von RME (Biodiesel) aus nachwachsenden Rohstoffen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Juni 2000
(Drucksache 15/398)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. August 2000

(Drucksache 15/436)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/375

Öffentlich geförderte Beschäftigung für ältere Langzeitarbeitslose

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 4. Juli 2000

(Drucksache 15/402)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. August 2000

(Drucksache 15/421)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/376

Älter werden im Betrieb

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 12. September 2000

(Drucksache 15/455)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Arbeit.

Nr. 15/377

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2000

(Drucksache 15/379)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung mit Änderungen (Drs. 15/446).

Nr. 15/378

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst

Bericht und Anträge des Rechtsausschusses

vom 7. September 2000

(Drucksache 15/446)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zurück an den Rechtsausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/379

Ausbildung der Rechtsreferendare absichern und verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2000
(Drucksache 15/451)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/380

Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 25. Juli 2000
(Drucksache 15/409)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/381

Zehn-Punkte-Programm zur Integration von Zuwanderern im Lande Bremen: Konkret handeln – gemeinsame Zukunft gestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. September 2000
(Drucksache 15/447)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/382

Die historischen Hafengebäude im Bereich des Bremerhavener Alten/Neuen Hafens unter Denkmalschutz stellen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 1. August 2000
(Drucksache 15/413)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/383

Pflichten des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft – Landtag –

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 14. August 2000
(Drucksache 15/417)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 15/384

Öffentlicher Nahverkehr für Bremen und die Region

Mitteilung des Senats vom 15. August 2000
(Drucksache 15/419)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/385

Beschlüsse der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 28. August 2000
(Drucksache 15/432)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 15/386

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Schnelle Zugverbindungen in Nordwestdeutschland erhalten und ausbauen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 12. September 2000
(Neufassung der Drs. 15/433 vom 29.08.00)
(Drucksache 15/458)
2. Lokale Agenda 21: In der Verantwortung der Regierung umsetzen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. August 2000
(Drucksache 15/434)